

Neue Gefahren für die Demokratie?

Eine Betrachtung von Gerd Eisenbeiß, 15. Oktober 2016

Immer häufiger hört und liest man, die Demokratie sei gefährdet oder gar am Ende. Täter seien Digitalisierung, Globalisierung, seien Handelsabkommen oder auch Migration oder skrupellose Demagogen. Ja, diese Täter gibt es, aber ist da gleich die Demokratie am Ende?

Die Frage reizt zu einer gründlicheren Analyse jener Demokratien, die in den westeuropäischen Gesellschaften existieren. Damit sind die Staaten von Norwegen im Norden bis Malta im Süden, Portugal im Westen bis Österreich im Osten gemeint. Nicht betrachtet werden die jungen osteuropäischen Demokratien, die wie in Polen und Ungarn noch keine Kontinuität bewiesen haben b.z.w. in Rumänien und Bulgarien durch politische Korruption noch gar nicht zu glaubwürdiger Entfaltung gekommen sind. Nicht betrachtet wird auch die US-Demokratie, die sich zur oligarchischen Plutokratie entwickelt hat, weil ein exzessiver Freiheitsbegriff soziale und ökologische Randbedingungen verhindert hat.

Nun also zu Deutschland und seinen Nachbarn in Nord, West und Süd.

Mein Eindruck bei all den eingangs zitierten Warnrufen gefährdeter Demokratie ist, dass **der apokalyptischen Aussage jeweils ein nie existierendes Idealbild von Demokratie zu Grunde liegt**. Es ist nicht der pragmatisch realistische Satz, dass die Bürger frei von Zwang das wählen, was sie warum auch immer für richtig halten. Vielmehr wird indirekt behauptet, Demokratie bestehe darin, dass alle Bürger die zu entscheidenden Dinge aus eigenem Wissen gut kennen und beurteilen.

Dies aber ist ein Zustand, der nie existierte. Nicht nur weil wir alle in fast allen Dingen Laien sind, sondern auch weil die Menschen immer die Entscheidung gewählt haben, deren Vertretern sie eher glaubten, dass es für sie richtig und vorteilhaft sei.

Dementsprechend haben Politiker oder Protagonisten einer bestimmten Entscheidung immer schon versucht, dies Vertrauen auf ihre Sache zu lenken, d.h. die normalen Bürger waren immer „manipuliert“. Oder war die hurra-patriotische Kriegsbegeisterung 1914, der Jubel bei Hitlers Hasstiraden oder der Rassismus der Europäer Ausdruck unverfälschter Willensäußerung? Was bei Wahlen herauskam, war noch nie Ergebnis tiefer Einsichten jedes Einzelnen, sondern das Ergebnis all der Einflussnahmen von „Wahlkämpfern“ oder anderer Gruppen, die im Kampf um die Aufmerksamkeit der Menschen erfolgreicher waren als andere. Es ist geradezu ein

Merkmal freiheitlicher Gesellschaften, dass es legitim ist für seine Meinung zu werben – sei sie politischer, religiöser oder anderer weltanschaulicher Natur.

Gefahr durch Digitalisierung?

Heute hat dieser Kampf um Aufmerksamkeit und Zustimmung neue Instrumente, insbesondere durch das Internet. Dieses ist ein Raum der Freiheit für jeden und jedes, d.h. sowohl für gut abgesicherte Fakten wie auch für freche Lügen und Fälschungen, ein Versammlungsraum für Gleichgesinnte im Guten und im Bösen. Auch früher schon haben sich Gleichgesinnte eher zusammen gefunden als Menschen sehr verschiedener Ansichten; das Internet erleichtert, ja fördert das, aber schafft da keine neue Gefahr!

Natürlich gibt es auch in der digitalisierten Welt die Gefahr von Monopolen wie in der alten Welt mit ihrer Presse- und Medienkonzentration. Dem muss entgegengetreten werden. Die Gefahr ist insoweit nicht die Digitalisierung sondern die politische Unfähigkeit, eine Wettbewerbsordnung der Vielfalt durchzusetzen.

Letztlich sind die Bürger-Entscheidungen heute nicht qualitativ mehr manipuliert als in irgendeinem Jahrzehnt zuvor – ja, zumindest kann man konstatieren, dass die Möglichkeiten der faktischen Information wesentlich größer sind (dank Internet!) als früher. Wenn die Menschen das nicht nutzen und Rattenfängern hinterher laufen, liegt das jedenfalls nicht an der Digitalisierung.

*Außerhalb des Demokratiethemas sei nur kurz angemerkt, dass die Digitalisierung ganz andere Gefahren bringt, eine **kaum erträgliche Verletzlichkeit unseres freiheitlichen Lebens** durch Kriminalität und neue Formen der verdeckten Kriegsführung sowie durch Terrorismus als Zwitter zwischen Organisierter Kriminalität und Krieg. Das kann und wird in der Reaktion freier Gesellschaften zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit und zu mehr Überwachung führen. Das muss der Demokratie nicht schaden, wenn wir wachsam sind in Bezug auf die Gewaltenteilung zwischen den Säulen des Staates, also Parlamenten, Regierungen und unabhängiger Justiz. Das Beispiel Polens zeigt, dass es diese Verletzung der rechtsstaatlichen Grundprinzipien sind, die die Demokratie zerstören können, nicht die Digitalisierung.*

Gefahr durch Globalisierung?

Starke gesellschaftliche Strömungen haben sich seit einigen Jahren auf die These versteift, Handelsabkommen seien Gift für die Demokratie; sie hebelten die demokratischen Rechte aus. Ursache dieser überraschenden Thesen ist die scheinbare Plausibilität, im engen nationalen Rahmen ließen sich Produktionsstrukturen gegen Wett-

bewerb von außen und gegen technologische Umbrüche verteidigen, man bleibe so „Herr im Haus“. Es ist eine der populistischen Gemeinsamkeiten der Rechten und der Linken in fast allen betrachteten Staaten, dass ein Schutzversprechen durch Abschottung gegeben wird, das plausibel klingt und doch nur in der Version Nord-Koreas realisierbar wäre.

Diejenigen, die der Vernunft verpflichtet sein sollten, versäumen regelmäßig, darauf hinzuweisen, dass wer Importe behindert auch bei Exporten behindert wird. Es ist auch immer noch leicht einzusehen, dass es immer teurer sein wird, alles im eigenen Land zu produzieren, als die Vorteile unterschiedlicher Produktionsstandorte anderswo zu nutzen – **es muss nur immer wieder erklärt werden!**

Nun ist das Kind nicht ohne Grund in den Brunnen gefallen. Insbesondere der Versuch, Sondergerichte für Investoren zu etablieren, hat genau jene besser Informierten schockiert, die ansonsten für Handelsabkommen geworben hätten, wie z.B. ich selbst.

Ein gedeihliches Zusammenleben auf unserem Planeten ist andererseits nicht vorstellbar, wenn bereits darin eine Demokratiegefährdung gesehen wird, dass solche Abkommen Völkerrecht schaffen, das dann auch in Flandern oder Bayern gilt, ohne dass jedes Provinzparlament zustimmen muss. Es war höchste Weisheit der europäischen Gipfelpolitik, gemeinsame EU-Handelsabkommen nur auf der europäischen Ebene von Kommission, EU-Parlament und Rat zu verhandeln und ggf. zu beschließen. Wie soll je ein Handelsabkommen geschlossen werden, wenn immer alle gut 30 zuständigen Parlamente der EU sowie der deutsche Bundesrat zustimmen müssen. Es sind immer irgendwo Wahlen oder Minderheitsregierungen, denen die jeweilige Opposition eins auswischen will – davon darf sich doch europäische Politik nicht lähmen lassen. **Das Demokratieprinzip ist bestens gewahrt, weil sowohl die Regierungen im Rat demokratisch legitimiert sind als auch insbesondere das EU-Parlament.**

Gefahr durch Migration oder skrupellose Demagogen

Ja, da gibt es gefährliche Tatverdächtige, wobei es natürlich nicht die (Im)Migration für sich ist, sondern die Reaktion verstörter Minderheiten und ihre Usurpation durch skrupellose Demagogen. Ohne Zweifel gibt es so etwas wie eine natürliche Ablehnung des Fremden in allen Völkern; dies haben auch die modernen Gesellschaften geerbt. Aber sie haben zugleich mit der Aufklärung solche vererbten Gesin-

nungen gebändigt und zivilisiert. Auch das abendländische Christentum hat sich schließlich jenem Teil seiner Theologie geöffnet, der Humanität fordert gegen den „Nächsten“. So ist in unserem Westeuropa eine soziale, demokratisch gesinnte Gesellschaft entstanden, die humanitäre Ideale hoch hält. Genau diese Errungenschaft greift das Gerede von der „illiberalen Demokratie“ eines Viktor Orbans an und mit anderen Begriffen Pegida, AFD, Front National, FPÖ, LEGA, PIS, PVV etc.

Insofern ist das liberal-humanitär gesinnte Bürgertum, d.h. eben auch ich, in eine Zwickmühle geraten, weil die Humanität die Aufnahme von Migranten fordert, während die Gefahr eines Rechtspopulismus zu faschistoiden Strukturen führen könnte, mit denen sowohl die Migration wie auch die Demokratie beendet würde. Es ist bereits erkennbar, dass die Strategie der neuen „Führer“ auch eine nationale Gleichschaltung anstrebt, die auf nationalistischem Stolz und Ächtung ausländischen Einflusses beruht. **Es ist die Demontage des Rechtsstaates (Beispiel Polen), die die Demokratie gefährdet.**

An dieser Front stehen der europäischen Demokratie einige Schicksals-Wahlen bevor: am 4. Dezember in Österreich, dann in Frankreich (eigentlich schon am 20. November zwischen den konservativen Kandidaten Sarkozy und Juppé, der einzige, der nach den Umfragen Frau Le Pen schlagen könnte) und in den Niederlanden am 17. März, wo die rechtspopulistische, EU-feindliche PVV in den Umfragen mit 29% vorne liegt.

Fazit:

Die Unkenrufe einer Demokratiegefährdung durch Handelsabkommen oder Digitalisierung sind im Wesentlichen unbegründet. Allerdings gilt es, auch für die neuen Player in der digitalisierten Wirtschaftswelt eine Wettbewerbsordnung durchzusetzen, damit keine Monopole entstehen. In jedem Fall ist die Trennung der legislativen von der administrativen und judikativen Staatsgewalt rigoros zu verteidigen. Gefahr droht demokratischen Staatsordnungen von Demagogen, die erfolgreich die latenten Xenophobien nutzen und nationalistische Abschottung betreiben.